

und wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 16/14095 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - CSU und FDP. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - FREIE WÄHLER, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Frau Kollegin Dr. Pauli. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den interfraktionellen Dringlichkeitsantrag 16/14078 der Fraktionen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, die Stimmkarten einzuwerfen. Fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 22.17 bis 22.22 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Zunächst darf ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion "Asylverfahren beschleunigen" auf der Drucksache 16/14076 bekanntgeben. Mit Ja haben 76, mit Nein 58 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab zwei Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Blockade der Energiewende: EEG-Umlage gerecht gestalten (Drs. 16/14079)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Neuberechnung der EEG-Umlage 2013 (Drs. 16/14096)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Renate Dodell, Tobias Reiß u. a. und Fraktion (CSU),

Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Dietrich Freiherr von Gumpenberg u. a. und Fraktion (FDP)
Stromsteuer weiterentwickeln - Verbraucher entlasten (Drs. 16/14097)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u. a. und Fraktion (SPD)
Ausweitung der Ausnahmeregelungen für Stromgroßverbraucher zu Lasten von Privatverbrauchern und kleinen Unternehmen einschränken (Drs. 16/14098)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und darf Herrn Kollegen Hartmann das Wort erteilen.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, wie es Ihnen in den letzten Wochen ergangen ist, wenn Sie die Zeitungen gelesen haben. Ich habe das Gefühl, dass die Energiedebatte, die wir vor ein- einhalb Jahren hier im Hohen Haus geführt haben, eigentlich nie stattgefunden hat. Die Argumente, dass wir die Energiewende wollten, um aus der Atomkraft auszusteigen und das fossile Zeitalter zu beenden, tauchen gar nicht mehr auf. Das einzige Thema, getrieben von Schwarz-Gelb auf Bundes- und Landesebene, ist die Weiterentwicklung und die Abschaffung des EEG und die Kostenfrage.

Wir müssen uns genau ansehen, was hier gerade gefordert wird. Wir haben dieses Thema mit unserem heutigen Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung gesetzt, weil ein besserer Plan und mehr Verlässlichkeit notwendig sind. Ich möchte das an einem Beispiel deutlich machen: Die CSU hat zusammen mit der FDP einen Dringlichkeitsantrag nachgezogen, mit dem eine umfassende Reform des EEG gefordert wird. Was ist denn darunter zu verstehen? Herr Minister Zeil möchte das EEG am liebsten abschaffen. Die CSU möchte es weiterentwickeln. Die Aussagen der beiden Fraktionen hierzu unterscheiden sich gewaltig.

Der Generalsekretär der CSU, der sich häufig mit nicht ganz durchdachten Äußerungen in die Debatte einbringt, wurde heute schon öfter erwähnt. Er hat vorgeschlagen, die EEG-Umlage bei 4,5 Cent zu deckeln und das EEG über einen Fonds zu finanzieren, der die Kosten in die Zukunft trägt. Heute besteht bereits der Fakt, dass die Kosten der Energieversorgung auf die zukünftigen Generationen übertragen werden. Jetzt möchte die CSU mit einem Vorschlag aus der Parteizentrale auch noch die Kosten für den Umstieg auf die erneuerbaren Energien durch einen Fonds in die Zukunft verlagern. Dieser Fonds soll dann ab dem

Jahr 2026 für die Kosten aufkommen. So kann eine Energiewende nicht funktionieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben in unserem Dringlichkeitsantrag ganz klar gefordert, dass die Kernelemente des EEG, der Einspeisevorrang und die festen Vergütungssätze, zum jetzigen Zeitpunkt erhalten bleiben müssen. Vollkommen richtig ist, dass die Vergütungssätze immer wieder angepasst werden müssen. Das Grundinstrument des EEG darf aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht infrage gestellt werden. Eines ist klar: Das EEG ist das einzige Instrument, das in der Energiewende gut funktioniert. An dieses Instrument wurde Gott sei Dank noch nicht die Axt angelegt, sondern es wurde weiterentwickelt.

Nach Auffassung aller Fraktionen in diesem Hause soll die Energiewende unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, durch Genossenschaftsmodelle, Bürgerbeteiligungen, Landwirte und Einzelpersonen, die in Solar- und Windanlagen investieren, bewältigt werden. Dies alles ist nur durch das EEG mit seinen garantierten Einspeisevergütungssätzen und dem Einspeisevorrang möglich geworden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer jetzt eine Debatte über eine umfassende Reform oder über die komplette Abschaffung des EEG aufmacht, wird zum Blockierer der Energiewende. Das EEG ist das einzige Instrument, das gut funktioniert. Und dieses Instrument soll jetzt gebremst werden?

Zum Schluss möchte ich noch etwas zu den Kosten sagen. Bei den Kosten wird sehr unehrlich diskutiert. Am Montag wurde die neue EEG-Umlage veröffentlicht. An diesem Tag war der Preis für den Strom am Terminmarkt für das Jahr 2013/2014 so günstig wie noch nie. Wer Strom für die Jahre 2013 und 2014 gekauft hat, hat den Strom so günstig wie noch nie bezogen. Dies gehört auch zur Debatte. Im gleichen Satz muss gesagt werden, dass die energieintensive Industrie von diesen Preisnachlässen an der Börse gewaltig profitiert hat. Wenn wir die Kosten für die Energiewende gerecht verteilen wollen, müssen wir nachsteuern. Unser Vorschlag wäre, für die privilegierten Unternehmen die Privilegierung bei der EEG-Umlage von jetzt 0,05 Cent auf 0,5 Cent anzuheben. Das wird den Firmen nicht wehtun, denn sie haben im letzten Jahr an der Börse von einem Preisnachlass von circa 20 % profitiert. Das können sie also ohne Weiteres verkraften, das ist machbar.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Unglaublich!)

Einen weiteren Bereich muss man offen ansprechen. Wenn man ein ganzes Energiesystem für die Zukunft umbauen will, dann muss man auch investieren. Und wenn man investiert, ist es klar, dass das mit Kosten verbunden ist. Für uns ist ebenfalls klar, dass die Kosten dieser Energiewende auch die Generation tragen soll, die die jetzige Energiewende Gott sei Dank in die Wege geleitet hat, und nicht die nächste Generation.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf einen Punkt in unserem Dringlichkeitsantrag eingehen. Wir wollen bei einer Forderung noch etwas konkreter werden, darauf hat uns die SPD hingewiesen. Es betrifft den dritten Spiegelstrich: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen - - Diesen Bereich möchten wir etwas konkreter fassen, und es wird dann heißen:

... dass der Kreis der privilegierten Stromverbraucher kurzfristig wieder zurückgeführt wird auf die Unternehmen der Branchenklasse B - Bergbau, Gewinn von Steinen und Erden - und der Branchenklasse C - verarbeitendes Gewerbe, die unter die Kriterien fallen, die bis 2008 gegolten haben.

Das möchten wir nachbessern, und damit den Vorschlag der SPD übernehmen. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat der Kollege Fahn das Wort.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Ökostromumlage steigt im kommenden Jahr von 3,6 auf 5,3 Cent. Eine Familie mit zwei Kindern und einem Stromverbrauch von 4.000 Kilowatt muss künftig im Jahr rund 70 Euro, eine dreiköpfige Familie 60 Euro mehr bezahlen.

Noch vor einem Jahr sagte Bundeskanzlerin Merkel, die Ökostromumlage werde nicht über 3,5 Cent je Kilowatt steigen. Dass diese Umlage jetzt trotzdem stärker steigt und die Verbraucher höhere Kosten aufgebremmt bekommen, hat nur zu einem geringen Teil mit dem Ausbau der Wind- und Stromenergie zu tun. Nach Berechnungen des Bundesverbandes Erneuerbare Energien sind nur 0,2 Cent pro Kilowatt dem Ausbau erneuerbarer Energien direkt zuzuordnen. Der Hauptgrund für die erhöhte Umlage liegt an der Politik der Bundesregierung. Das ist eigentlich der Kernkritikpunkt. Sie hat eben die Ausnahmen für verschiedene Unternehmen immer mehr ausgeweitet. Diese milliardenschweren Ausnahmen müssen leider auch die Verbraucher zahlen.

(Karsten Klein (FDP): Das ist doch Quatsch!)

Noch vor zehn Jahren waren es 400 Unternehmen, die von einer Umlage befreit waren. Derzeit sind es 734,

(Zuruf des Abgeordneten Karsten Klein (FDP))

und im nächsten Jahr werden es wohl 2.000 Unternehmen sein. So viele Anträge wurden nämlich gestellt.

Klar herausstellen möchte ich, dass es richtig ist, die großen Industriebetriebe mit Stromprivilegien von einer Abwanderung ins Ausland abzuhalten. Das ist ganz klar. Hier geht es auch um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie, und wir wissen, dass es auch in anderen Ländern solche Befreiungen gibt.

Aber es gibt auch andere Begünstigte, wie zum Beispiel die Straßenbahn in Augsburg, die Stadtwerke München, Milchwerke, Geflügelschlachtbetriebe. Warum kommen sie in den Genuss dieser Vergünstigungen? Droht bei ihnen eine Abwanderung ins Ausland? Das glauben wir nicht.

Eine von Greenpeace in Auftrag gegebene Studie besagt, dass einige Betriebe, die vermeintlich wettbewerbsgefährdet sind, nicht zwingend Nachteile haben müssen. Zum Beispiel bei der Herstellung von Papier, Kartons oder Pappe können zwar leichte Erhöhungen kommen, aber sie werden nicht zu nennenswerten Absatzeinbußen führen.

Meine Damen und Herren! Die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER hat letzte Woche einen ähnlichen Antrag wie die GRÜNEN eingebracht. Er wird morgen auf der Tagesordnung des Wirtschaftsausschusses stehen. Deshalb möchte ich klar herausstellen, dass wir keinesfalls eine gänzliche Auflösung der Privilegien wollen, da auch in den Mitbewerberländern solche Privilegien bestehen. Aber wir wollen natürlich auch den Verbraucher immer im Blick haben, der davon bisher nicht profitiert.

Wir werden den Anträgen der GRÜNEN und der SPD zustimmen. Selbst Bundeskanzlerin Merkel hat vorgestern gesagt, dass diese Ausnahmeregelungen reduziert werden müssen. Wir dürfen eben nicht den Fehler machen, die privaten Haushalte und den Mittelstand mit steigenden Strompreisen zu belasten. Diese steigenden Kosten würden nämlich - das hat Kollege Hartmann richtig gesagt - die Motivation in der Bevölkerung zur Energiewende, die wir dringend benötigen, stark belasten. Es ist einfach ein verheerendes Signal für die Verbraucher, die sich bisher sehr stark für die erneuerbaren Energien engagiert haben. Diese Verbraucher müssen wir entlasten, zum

Beispiel durch kostenlose Energieberatung oder durch staatliche Zuschüsse für einkommensschwache Haushalte. Dazu gibt es inzwischen auch schon Vorschläge aus der CSU-Fraktion, dass hier etwas für die Haushalte getan werden muss, um eine Sozialverträglichkeit zu bekommen.

Dann gibt es - das war gestern und auch heute noch in den Medien; das muss man diskutieren und herausrechnen - die Einlassungen des Herrn Bundesumweltministers Altmaier, der auf Berechnungsfehler hingewiesen hat. Das muss im Detail geprüft werden. Es nützt den Privathaushalten und auch dem Mittelstand eben nicht, dass sich der Umweltminister über diesen Berechnungsfehler ärgert. Hier müssen wir das Ganze noch ein bisschen nachfedern, meine Damen und Herren.

Wichtig ist es, dass wir jetzt vorangehen. Deswegen wollen wir, dass eine Gesamtüberprüfung stattfindet und die offenen Fragen noch geklärt werden. Deswegen werden wir den Anträgen der GRÜNEN und der SPD zustimmen.

Der Antrag der CSU und der FDP ist uns insgesamt zu allgemein. Es steht zwar drin, dass Sie sich bemühen, aber de facto wollen Sie diese Ausnahmeregelungen eigentlich kaum verändern. Den ersten Punkt, die Stromsteuer, hat der Bundesrat schon abgelehnt. Deswegen meinen wir, dass das im Prinzip schon nicht mehr umgesetzt werden kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Bevor wir in der Aussprache fortfahren, darf ich bekanntgeben, dass für den Antrag der CSU- und der FDP-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt wurde.

(Zuruf von der SPD: Mein Gott!)

Tobias Reiß (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der rote oder, lieber Ludwig, im Moment noch der grüne Faden, der sich durch die Dringlichkeitsanträge und auch durch die aktuelle Debatte zieht, ist sicherlich unser aller Ziel: die Kosten der Energiewende möglichst gerecht zu verteilen und darüber auch eine ehrliche Debatte zu führen.

Dazu gehört meines Erachtens, lieber Kollege Hartmann und auch Herr Kollege Fahn, zunächst zu akzeptieren, dass es sicherlich vielschichtige Gründe für die aktuelle Erhöhung der EEG-Umlage gibt. Nach den Zahlen, die das Öko-Institut hierzu veröffentlicht, gehen alleine 20 % der Steigerung darauf zurück, dass die Differenz zwischen dem Strompreis an der Börse und den festgelegten Einspeisetarifen im letzten Jahr größer war als ursprünglich angenommen.

Bereits im September - das konnte man nachlesen - hatten die Netzbetreiber einen negativen Kontostand, der nun durch 0,35 Cent je Kilowattstunde im kommenden Jahr nachträglich ausgeglichen werden muss.

Um solche Prognosefehler im laufenden Jahr auszugleichen, wird die sogenannte Liquiditätsreserve erhöht; das schlägt mit weiteren 18 % oder 0,31 Cent zu Buche. Größter Einzelposten ist der ungebremste Ausbau der Photovoltaik. 29 % oder 0,6 Cent resultieren hier aus der Einspeisevergütung für PV-Anlagen.

Der Ausbau der Wasserkraft und aller anderen erneuerbaren Energien - Biomasse, Geothermie, Windkraft - trägt noch mit etwa 6 % zum Anstieg bei, und den Rest kann man unter sonstigen Kosten wie Steuereffekten zusammenfassen, auch noch einmal mit circa 7 %. Das sind insgesamt 80 % der aktuellen Steigerung, was heißt, dass lediglich der Rest, also 20 % oder 0,35 Cent, auf die Befreiung der stromintensiven Betriebe zurückzuführen ist.

Ich stimme durchaus zu, dass die stromintensiven Betriebe ausschließlich zum Schutz ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit befreit werden dürfen. Aber der Erhalt dieser internationalen Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiv in Bayern und Deutschland produzierenden Unternehmen muss uns schon ein Anliegen sein. Nicht mehr, aber auch nicht weniger darf natürlich auch der Effekt dieser bestehenden Sonderregelungen sein. Da halte ich es für durchaus legitim, diese Rabatte für energieintensive Unternehmen bei der Ökostromförderung auf den Prüfstand zu stellen, weil offensichtlich wirklich mehr Firmen profitieren - Herr Fahn, Sie haben einige aufgezählt -, als anfangs beabsichtigt war. Wir brauchen am Ende eine Balance zwischen der notwendigen Entlastung der stromintensiven Industrie und der Belastung, die für kleine und mittlere Unternehmen oder auch für die Haushaltskunden dadurch entsteht, dass sie die Erhöhung der EEG-Umlage schultern müssen.

Unser Dringlichkeitsantrag zielt deshalb darauf ab, beispielsweise durch flexible Steuertarife die Strompreisbelastung der privaten Verbraucher, aber auch der Wirtschaft bei steigender EEG-Umlage zu begrenzen.

Herr Kollege Hartmann, Sie fordern in diesem Zusammenhang, die EEG-Umlage für die privilegierten Endverbraucher wegen der gesunkenen Börsenpreise von 0,05 Cent auf 0,5 Cent zu erhöhen. Es ist sicherlich richtig, dass der Strom aus erneuerbaren Energien zunächst kurzfristig die Strompreise an der Börse senkt. Richtig ist aber in diesem Zusammenhang auch, dass dies nur geringe Auswirkungen auf die Beschaffungspreise für den Industriestrom hat. Der so-

genannte Merit-Order-Effekt betrifft nur den sogenannten Spotmarkt und nicht den Terminmarkt. Industriekunden aber handeln auf dem Spotmarkt nur den geringsten Teil ihrer Strombeschaffung. Die Industrieunternehmer sichern sich langfristig über den Terminmarkt ab und schließen, vor allen Dingen was die stromintensivsten Unternehmen anbelangt, meist eigene Stromlieferverträge direkt mit dem Energieversorger ab. Der Merit-Order-Effekt spielt damit für diese Unternehmen kaum eine Rolle.

Sie fordern in Ihrem Dringlichkeitsantrag, dass in den nächsten Jahren der Einspeisevorrang für erneuerbare Energien und die gesicherte Einspeisevergütung im Erneuerbaren Energien Gesetz in den nächsten Jahren erhalten bleibt.

Richtig ist, dass der Anteil in Bayern von bald 35 % regenerativen Stroms ein Erfolg ist. Es ist aber ein Erfolg mit Grenzen. Das EEG ist ein Markteinführungsinstrument und muss so weiterentwickelt werden, dass die Erneuerbaren am Ende aus der Förderung entlassen werden können.

Die Marktfähigkeit der erneuerbaren Energien ist Voraussetzung, wenn sie in Zukunft das Rückgrat unserer Energieversorgung werden sollen. Da wollen wir nicht die Axt anlegen, Herr Kollege Hartmann, wie Sie es formuliert haben, sondern wir brauchen eine Anpassung, die eben mehr Systemverantwortung für die Erneuerbaren bringt.

Wir müssen in diesem Zusammenhang auch erreichen, dass der Ausbau der Erneuerbaren, der Netzausbau und der Aufbau von Reserve- und Speicherkapazitäten ganzheitlich gesehen und stärker miteinander vernetzt werden. Das erfordert eine Anpassung des EEG. Deshalb lehnen wir den Antrag der GRÜNEN ab.

Das betrifft auch die nachgezogenen Anträge, weil wir zunächst eine Überprüfung der aktuellen Regelungen vorgenommen wissen wollen, um dann zu entscheiden, in welchen Bereichen die EEG-Umlage und deren Verteilung auf die stromintensive Industrie erfolgen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Thalhammer. Bitte sehr.

Tobias Thalhammer (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Energiewende wollten wir immer unter dem Zieldreieck Versorgungssicherheit, Umweltfreundlichkeit und Bezahlbarkeit gestalten. Vor allem der letzte Punkt, die Bezahlbarkeit, ge-

riet immer mehr aus dem Fokus. Wir müssen aufpassen, dass sie nicht alles aus der Bahn wirft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, Sie brauchen sich nicht zu wundern, dass bei immer stärker steigenden Energie- und Strompreisen auch immer mehr Unternehmen die Möglichkeit erhalten, sich von der EEG-Umlage befreien zu lassen.

Wann kann man sich von der EEG-Umlage befreien lassen? Man kann es, wenn die Stromkosten ein gewisses Maß an den Gesamtkosten einnehmen. Nachdem die Strompreise permanent und ständig äußerst sportlich steigen, ist vollkommen klar, dass demzufolge die Unternehmen aus ihrer Notsituation heraus davon Gebrauch machen.

Das zeigt uns umso deutlicher, dass einer der entscheidenden Faktoren in unserem Zieldreieck, wenn das auch nicht die populärste Stütze sein mag, die Bezahlbarkeit des Strompreises ist.

Wir sollten verhindern, dass für die Verbraucherinnen und Verbraucher, für den Mittelstand, für das Handwerk sowie für die Unternehmerinnen und Unternehmer Strom zu einem Luxusgut wird. Die EEG-Umlage kostet derzeit bereits 14 Milliarden Euro und irgendwann ist die Schmerzgrenze erreicht.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hartmann?

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Hartmann, Sie haben anschließend ganze zwei Minuten lang Gelegenheit, mich von Ihrer Meinung zu überzeugen.

Weil uns das Thema "bezahlbare Strompreise" so wichtig ist, haben wir entsprechende Vorschläge unterbreitet. Ich finde es gut, dass es mehrere Vorschläge im Rahmen dieser Debatte gibt.

Ich möchte aber noch einmal klar vor Augen führen, warum wir die Energiewende gestalten wollen. Wir tun dies in unserem Verantwortungsbewusstsein für die kommenden Generationen. Deshalb ist der Vorschlag, der einen Schattenhaushalt mit einem Risiko von bis zu 100 Milliarden Euro aufbaut, mit dem Ziel der Generationenverantwortung nicht in Einklang zu bringen, und deshalb wird die FDP diesen Vorschlag auch entschieden ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Im Gegenzug dazu müssen wir feststellen, dass beim EEG Handlungsbedarf besteht. Die aktuelle Verteuerung um 1,7 Cent heute bedeutet für den Durch-

schnittshaushalt 50 Euro. Hätten wir die Photovoltaikförderung nicht vorher schon in vernünftigem Maße gekappt, wären wir heute im dreistelligen Bereich. Auch hier gilt: Irgendwann kann sich die erhöhten Stromkosten niemand mehr leisten. Irgendwann ist die Schmerzgrenze erreicht. Deswegen brauchen wir ein völlig neues EEG. Das EEG war am Anfang wunderbar, um eine Nischentechnologie zu fördern. Unsere Vision der Versorgung von 100 % mit erneuerbarer Energie lässt uns nicht mehr von einer Nischentechnologie sprechen. Wir haben jetzt andere Herausforderungen zu meistern. Und andere Herausforderungen brauchen neue Antworten auf bestehende Fragen und auch ein völlig neues Instrument.

Kurzzeitig ist der Vorschlag, den Minister Zeil und die FDP-Fraktion gemacht haben, einer derjenigen, die am schnellsten umsetzbar wären. So finden Sie auch das Konstrukt der Strompreisgrenze in unserem Antrag. Wir sagen: Okay, in dem Maße, wie die EEG-Umlage steigt, soll die Stromsteuer gesenkt werden. Das hätte zur Folge, dass der Strompreis kalkulierbar bliebe. Er verharrt auf einem gewissen Niveau und bleibt für jedermann leistbar.

Für die ganz große Vision, die wir haben, brauchen wir aber ein neues Instrumentarium. Da ist es mir völlig egal, ob es die Weiterentwicklung des EEG ist oder ob wir das EEG zwei Punkt null oder drei Punkt null oder was auch immer nennen. Ich weiß nur eines: Wir müssen davon wegkommen, die Technologien zu fördern, für die am lautesten geschrien wird. Wir müssen die Technologien fördern, die den erneuerbaren Strom am effizientesten produzieren. Weniger Lobby, mehr Markt wagen. Dazu hat die FDP einen Vorschlag unter dem Schlagwort eines Marktmodells unterbreitet.

(Zuruf von den GRÜNEN: Teflon!)

- Nein, das hat nichts mit Teflon zu tun.

(Zurufe und Heiterkeit)

Unser Marktmodell, das sehr erfolgreich in Skandinavien umgesetzt wurde - Belgien ist ein weiteres Beispiel dafür -, besagt Folgendes. Das Modell ist vielleicht etwas kompliziert zu verstehen. Wenn wir jedes Energieversorgungsunternehmen verpflichten, dass ein gewisser Ansatz aus erneuerbaren Energien stammen muss, haben wir einen Wettbewerb um die effizienteste Technologie und damit einen Marktanreiz. Ich bin fest überzeugt, dass Technologien, die unser Land auf Dauer voranbringen, auf dem Markt bestehen müssen. Deshalb werbe ich für dieses Modell. Wir müssen auch bei den erneuerbaren Energien mehr Markt wagen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion hat hierzu einen Vorschlag gemacht. Wir werden ihn weiterhin zur Diskussion stellen, sind aber auch für andere Vorschläge offen. Aber eines ist klar. Wenn es um die Strompreise geht, sind wir nicht auf einem Kindergeburtstag. Es ist immens wichtig, unser Industrie- und Hochtechnologieland Bayern unternehmensfreundlich zu gestalten. Ich bin sicher, dass es, so wie es eine Zahlungsbereitschaft bei den Verbrauchern für die Energiewende gibt, auch eine Zahlungsbereitschaft und ein Unterstützungspotenzial dafür gibt, dass wir in unserem Industrieland Arbeitsplätze vor Ort behalten und sie nicht mit einer völlig falschen Strompreispolitik ins Ausland verlagern. Die FDP-Fraktion steht dafür, wir werben dafür, dass die Strompreise auch in Zukunft bezahlbar für alle bleiben. - Vielen Dank.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Redepult. Herr Kollege Hartmann, bitte.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Verehrter Herr Kollege, ich will Sie gar nicht überzeugen, sondern nur auf zwei Fakten hinweisen. Sie haben vorhin gesagt, weil der Strom teurer geworden sei, sei der Kreis derer, die privilegiert werden könnten, größer geworden. Aber früher hat man zehn Gigawattstunden gebraucht, um befreit zu werden; heute ist es eine Gigawattstunde. Das ist nach unten gestuft worden. Dadurch ist der Kreis größer geworden und nicht dadurch, dass der Strompreis gestiegen ist.

Ein weiterer Fakt: Sie haben vorhin gesagt, der Strompreis sei nur am Spotmarkt gefallen. Ich habe vorhin die Website genannt. Ich empfehle Ihnen wirklich, sie einmal aufzurufen und sich den Terminmarkt-Strompreis an der Börse anzuschauen, der gilt, wenn Sie 2013/2014 Strom beziehen möchten. Sie werden einen Preis bezahlen, den Sie seit 2007 nie gesehen haben, weil der Preis ein Allzeittief erreicht hat. Es ging nicht um den Spotmarktpreis von heute. Es ging um das Termingeschäft 2013/2014.

Noch ein weiterer Punkt. Es gibt genug Zahlen, die belegen, dass der Strom für die Industrie seit 2008 nicht teurer geworden, sondern ganz leicht gefallen ist. In allen anderen Bereichen sind die Preise bei Energieträgern nach oben gegangen. Das sollte man auch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Kollege Hartmann, ich lege auch Ihnen nahe, meinen Wortbeitrag zur Kenntnis zu nehmen. Fragen, die Sie erwähnt haben, hatte ich gar nicht thematisiert, Stichwort Spotmarkt. Das war mein Vorredner. Aber Herr Kollege Reiß hat

vollkommen recht. Wenn Sie noch Nachholbedarf im Verständnis haben, werde ich gerne versuchen, Ihnen behilflich zu sein.

Nehmen wir einmal ein Aluminiumwerk, bei dem der Strom nahezu 60 % der Gesamtkosten ausmacht. Ein solches Werk kauft nicht am Spotmarkt und auch nicht am Terminmarkt. Solche stromintensiven Unternehmen haben unmittelbare Verträge mit einem Stromlieferanten. Diese sind ohnehin völlig außen vor.

Der Spotmarkt nimmt an der Börse nur einen geringen Teil ein. Viel mehr Volumen geht über den Terminmarkt. Der Spotmarkt hat fast keine Auswirkungen, weil die umgesetzten Mengen einfach zu gering sind. Da wird gedealt, da wird im wahrsten Sinne des Wortes wie an der Börse sehr schnell im Tagesgeschäft gehandelt. Deshalb heißt es auch "Spotmarkt". Der Terminmarkt ist dafür da, dass man sich langfristig gegen Strompreisschwankungen absichert. Deswegen ist es unredlich von Ihnen, wenn Sie sich in Ihrer Argumentation immer nur auf die Nische Spotmarkt beschränken. Die Strombörse ist deutlich mehr. Es geht um den Terminmarkt, der eben nicht von diesen Schwankungen abhängig ist. Die großen Industriebetriebe sind davon überhaupt nicht betroffen. Im Übrigen wissen wir auch deren Kosten nicht; denn das ist Vertragsgeheimnis.

Nun zu Ihrem ersten Punkt, der Befreiung. Sie haben ja recht: Es gibt zwei Komponenten, warum es jetzt mehr Unternehmen geworden sind. Die andere Komponente besteht aber darin, dass es eben auch davon abhängt, wie hoch die Stromkosten sind. Es ist doch vollkommen klar: Wenn die Strompreise steigen, werden auch mehr Unternehmen über die Hürden kommen und die Möglichkeit erhalten, sich von der EEG-Umlage zu befreien, und dies im Übrigen auch zum Schutz der Arbeitsplätze. Das passt vielleicht nicht in Ihre ideologische Diskussion hinein, aber das ist die Wahrheit, und ich glaube, ein bisschen Wahrheit und Realität schaden diesem Parlament nicht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Jetzt darf ich Herrn Kollegen Wörner das Wort erteilen.

Ludwig Wörner (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wenn der Strom in Deutschland so teuer wäre, wie dies Herr Kollege Thalhammer gerade beschrieben hat, dann würde Norwegens Aluminiumindustrie nicht zum Produzieren nach Deutschland gehen. Alleine das beweist doch schon, dass Ihre Theorie an Grenzen stößt. Ich habe gehofft, dass die

Energiekommission etwas bringt, aber manchmal bin ich mir nicht ganz sicher.

Kolleginnen und Kollegen, wir haben einen Antrag vorgelegt, weil wir versuchen wollen, Ihre Bundeskanzlerin in dem Bestreben zu unterstützen, den Fehler, der bei der Änderung des EEG durch Schwarz-Gelb begangen wurde, zu korrigieren. Inzwischen ist wohl über alle Parteien hinweg unstrittig, dass Fehler enthalten sind; aber die Muster, mit denen man das jetzt ändern will, sind sehr unterschiedlich. Deswegen können wir den ersten beiden Spiegelstrichen des CSU-Antrags nicht zustimmen. Der dritte ist analog dem unseren; denn damit versuchen Sie auch, die Kanzlerin zu unterstützen. Aber das, was Sie mit den beiden ersten Spiegelstrichen vorhaben, funktioniert nicht und bedeutet in der Realität, dass Sie, wenn Sie die Steuern senken und immer anpassen, wieder die begünstigen, die Sie jetzt schon begünstigt haben. Denn jene, die mehr Strom kaufen, zahlen auch mehr Steuern. Wenn Sie die Steuern senken, haben diese wieder das Vergnügen, dass sie davon mehr haben als der Privathaushalt.

Wir haben es einmal ausgerechnet. Ein Privathaushalt mit vier Personen hat von Ihrer Wahrscheinlichkeitsrechnung der Steuer zwischen 8 Euro und 10 Euro Vergünstigung pro Jahr. Jetzt raten Sie einmal, was ein Aluminiumunternehmen hat. Darüber müssten Sie bitte noch einmal genau nachdenken, es sei denn, Sie geben zu, was Ihnen zusteht - zumindest einem Teil des Hauses -, dass Sie weiterhin Lobbyist für die Großindustrie sein wollen.

(Josef Miller (CSU): Für Arbeitsplätze!)

Denn dadurch ist das Gesetz ja so geschrieben worden. Dieses Gesetz ist in Berlin in einer Nacht- und Nebelaktion zustande gekommen. Die 600 größten Verbraucher - dazu stehen wir - wollen auch wir weiterhin befreit haben. Das haben wir im Übrigen immer gesagt. Mit der Mär, dass es anders war, muss man einmal aufräumen. Auch wir haben immer gesagt: Die 600 größten Verbraucher müssen aufgrund industriepolitischer Überlegungen befreit bleiben. Aber was Sie darüber hinaus in einer Nacht- und Nebelaktion inszeniert haben, möglicherweise in Unkenntnis dessen, was man Ihnen da untergejubelt hat, führt jetzt zu Verwerfungen. Für mich weint ein Teil dieses Hauses Krokodilstränen darüber.

Ich bitte euch, unserem Antrag, der im dritten Spiegelstrich analog zu eurem Antrag formuliert ist, zuzustimmen. Denn diesbezüglich haben wir Deckungsgleichheit. Wenn ihr eure beiden ersten Spiegelstriche und eure Forderung nach einer Senkung der Stromsteuer, die unsäglich ist, streicht, hätten wir überhaupt kein

Problem. Würden die FREIEN WÄHLER ihren zweiten Absatz herausnehmen, so wären wir einverstanden. Sonst ist es ein wenig schwierig.

Kolleginnen und Kollegen, ich meine, wenn die Parteien, die das S in ihrem Namen tragen, es wirklich ernst nehmen, müssten wir eigentlich alle an einem Strang ziehen und das Industrieprivileg absenken, so wie es - noch einmal - die Kanzlerin auch will.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Nun folgen Zwischenbemerkungen. Zunächst Herr Kollege Dr. Runge, bitte.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Kollege Wörner, dürfen wir davon ausgehen, dass Sie die mit dieser Zwischenbemerkung eröffnete Möglichkeit, Ihre Redezeit etwas zu verlängern, gerne wahrnehmen?

Würden Sie vielleicht noch ein bisschen dazu ausführen, was die Befreiung mancher Unternehmen von der EEG-Umlage und von den Netzentgelten konkret ausmachen würde? Und: Teilen Sie unsere Auffassung, dass Ressourcenverantwortung auch für energieintensive - hier: stromintensive - Unternehmen eigentlich eine Notwendigkeit sein sollte?

Letzter Gedanke: Mussten Sie nicht auch bei dem Satz Ihres Vorredners "Weniger Lobby!" schlucken und gleich an den Automatenkönig Gauselmann und die Verflechtungen zur FDP denken?

(Beifall bei den GRÜNEN - Thomas Hacker (FDP): Macht der auch in Solar?)

Ludwig Wörner (SPD): Natürlich bin ich Ihnen dankbar für eine Redezeitverlängerung; denn so können wir einige Dinge noch besser aufgreifen.

Es ist so, dass diese insgesamt 1,3 Cent pro Kilowattstunde nur auf Ausnahmen für die Industrie zurückzuführen sind. 1,3 Cent sind ein ganz schöner Brocken, der praktisch durchschlägt und dann von allen mit Krokodilstränen beklagt wird.

(Tobias Thalhammer (FDP): 0,5 Cent, nicht 1,3 Cent!)

Was Ihre Einschätzung der Großindustrie angeht, so glaube ich schon, dass sie selber ein großes Interesse daran hat zu sparen. Nichtsdestotrotz - das ist der zweite Fehler in der Neuregelung - verführt die neue Regelung geradezu dazu, dass ich, wenn ich unterhalb der jetzt genannten Marge bin, auf Teufel komm raus versuche, die Marge zu erreichen, um sicherzustellen, dass ich unter die Befreiung falle. Das ist

genau der Strickfehler im Gesamtsystem, nämlich dafür Sorge zu tragen, dass man nicht spart, sondern im wahrsten Sinne des Wortes Gas gibt.

Dann zu Ihrer Frage nach der Einschätzung. Mir ist der Spielkönig nicht so eingefallen. Mir ist etwas mit Hotels eingefallen; das ist wahrscheinlich etwas ganz anderes.

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich Herrn Kollegen Streibl das Wort erteilen.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Kollege Wörner, bekanntlich ist Zeit Geld. Oft fehlt es an der Zeit. Mich würde interessieren, wie das Geld umgesetzt wird. Was wären die Folgen einer Stromsteuersenkung, wie sie teilweise vorgeschlagen wird? Vielleicht können Sie das noch erläutern.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Kollege Streibl, ich habe vorhin schon zu erläutern versucht, was es bedeutet, wenn die Stromsteuer gesenkt wird. Für Menschen mit einem normalen Haushalt und für Kleingewerbetreibende macht das relativ wenig aus. Für den Großverbraucher bedeutet das natürlich erheblich mehr.

Wenn man Ihren Antrag liest, muss man das so verstehen. Anders kann man ihn nicht lesen. Vielleicht hätten Sie Ihre Absicht darin präzisieren sollen.

Herr Kollege Streibl, was Sie ansprechen, würde zu erneuten Verwerfungen im Preisgefüge führen und diejenigen bevorzugen, die einen höheren Verbrauch haben. Wer weniger braucht, würde quasi die Brosamen bekommen. Das ist ein bisschen zu wenig nach dem, was Sie für einen Punkt daraus machen, was die armen Leute mehr zahlen müssen. Es ist immer faszinierend, festzustellen, von wem solche Äußerungen kommen.

Wir glauben, dass allein das Netzentgelt einer besonderen Debatte wert wäre. Man muss sich vorstellen, dass die Befreiung von den Netzentgelten mit 300 Millionen Euro zu Buche schlägt. Wir brauchen aber dringend Geld, um die Netze zu ertüchtigen. Da frage ich mich schon, welcher Teufel da jemanden reitet, so etwas nicht zurückzunehmen. Man muss so etwas verhindern. Wir hätten es verhindern müssen. Eine Rücknahme oder eine Korrektur ist dringend notwendig.

Es ist fast peinlich, dass ich eure Kanzlerin unterstützen muss, die gestern im Bayerischen Rundfunk laut darüber nachgedacht hat, dafür Sorge zu tragen, dass man Korrekturen vorsehen muss. Ich kann wörtlich wiedergeben, was Frau Merkel gesagt hat. Ich zitiere wörtlich: "Teile müssen wir uns noch einmal genauer anschauen. Es ist eigentlich richtig, dass wir viele Un-

ternehmen ausgenommen haben." Aber das will sie korrigieren.

Wenn die Kanzlerin das sagt, stellt sich schon die Frage, ob Sie dann nicht eigentlich unserem Antrag zustimmen und mit uns gemeinsam die Korrekturen vornehmen müssten. Es müssen Sicherungen eingebaut werden, die dafür sorgen, dass das Unerwünschte nicht geschehen kann.

(Zuruf von der CSU: Sie haben sehr eigenwillig zitiert!)

- Nein, ich habe es aufgeschrieben.

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf jetzt Herrn Kollegen Blume das Wort erteilen.

Markus Blume (CSU): Lieber Herr Kollege Wörner, ich schlage vor, über dieses Thema nicht zu theoretisieren, sondern konkret zu werden.

Was München betrifft, frage ich, ob Sie einmal den Faktencheck mit Ihrem Kandidaten, dem Münchener Oberbürgermeister, gemacht haben. Der ist nämlich Aufsichtsratsvorsitzender der Münchener Verkehrsgesellschaft und auch der Stadtwerke München.

Die Verkehrsgesellschaft München hat heute erklärt, sie sei selbstverständlich ein energieintensives Unternehmen, falle also unter das Industrieprivileg, weil man dort so klimafreundlich unterwegs sei. Mit einer solchen Begründung kommen wir in Deutschland wahrscheinlich bald auf eine Million Anträge auf Befreiung.

Meine erste Frage ist: Halten Sie es für richtig, dass die MVG von dem Privileg profitiert? Ihre Kollegen von der SPD im Münchener Stadtrat haben jedenfalls gesagt, dass die Ausnahme selbstverständlich auch in der Zukunft sein müsse. Aber wo ist die Grenze?

Meine zweite Frage. Gestern haben einige Stromversorger gesagt, sie gäben die Belastung nicht unmittelbar weiter. Auch dies ist ein Beitrag zur Strompreisstabilität. Die Stadtwerke München haben heute aber angekündigt, sie gäben die Strompreiserhöhungen selbstverständlich weiter; die Preise würden steigen. Ich frage Sie: Ist das zwingend notwendig? Und was ist hier die SPD-Position? Sie können einen Beitrag zu etwas mehr Wahrheit und Klarheit in dieser Debatte leisten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ludwig Wörner (SPD): Herr Kollege, darauf antworte ich Ihnen gern.

Zunächst zu Ihrer Frage nach der MVG. Natürlich ist es richtig, dass diese Gesellschaft befreit ist und - das erkennen Sie, wenn Sie unseren Antrag genau lesen - befreit bleiben soll, und zwar mit Recht. Wir reden jetzt nicht nur über Energie und Energiepreise, sondern letztlich auch über Klimaschutz. Stadtwerke und Verkehrsbetriebe leisten für den Klimaschutz einen erheblichen Beitrag.

Herr Kollege Blume, wenn man ein Unternehmen privatisiert - wie Sie wissen, war ich davon nie ein Freund -, dann gibt man einen Teil dessen, worüber man zu bestimmen hat, aus der Hand. Ich glaube aber nicht, dass man es auf die Dauer durchhalten wird, was da verlautbart worden ist. Ich bin eher der Meinung: Die Stadtwerke geben jetzt das weiter, was Sie mit Ihrem Gesetz in Berlin angerichtet haben.

Es sind nicht die Stadtwerke, die hier etwas zu korrigieren haben. Korrigieren müssen diejenigen, die solche Gesetze machen, durch die sie so viele Kunden freistellen, dass es für die anderen immer teurer wird. Wir sollten hier nicht Nebenkriegsschauplätze eröffnen, sondern diejenigen benennen, die diese Entwicklung verursacht haben. Schwarz-Gelb in Berlin hat nämlich diese Fehler gemacht.

(Widerspruch bei der CSU und der FDP)

- Entschuldigung! Das gibt sogar Ihre Kanzlerin zu. Ihre Kanzlerin hat gesagt: Das muss man korrigieren. Sie ist der beste Zeitzeuge, den es in dieser Frage überhaupt gibt. Von daher glaube ich schon, dass wir mit unserem Antrag auf einem guten Weg wären. Darum wundere ich mich.

Wenn ich Ihren Absatz 3 lese, komme ich zu dem Schluss: Sie könnten unserem Antrag, der nichts anderes beinhaltet, zustimmen. Warum Sie das nicht tun, verstehe ich überhaupt nicht. Aber wahrscheinlich liegt dem der alte Reflex zugrunde: Wenn der Antrag von der anderen Seite kommt, kann man nicht zustimmen.

Ich bedaure diese Situation. Wir haben erlebt, dass es auch anders geht. Darum ist meine Bitte, dass Sie unseren Antrag fair lesen, damit Sie erkennen, dass er nichts anderes beinhaltet als Ihr dritter Absatz. Ich verstehe Ihre Verweigerung zu unserem Antrag nicht. - Dem Antrag der GRÜNEN in der geänderten Form werden wir selbstverständlich zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Zeil das Wort.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Erkenntnis setzt sich durch, dass die Energiewende nicht zum Nulltarif zu haben ist. Viele - auch die Bundesregierung - haben seinerzeit gesagt: Die EEG-Umlage steigt nicht. Es wurde gesagt, da bestehe gar kein Problem.

Ich habe in diesem Hause vor über einem Jahr immer darauf hingewiesen, dass es nicht so sein wird. Jetzt sind wir aber in einer anderen Situation. Wir haben unter dem Gesichtspunkt der Verbraucher die höchsten Strompreise in ganz Europa. In unserer unmittelbaren Nachbarschaft betragen die Preise zum Teil weniger als 50 % unseres Preisniveaus. Das hat auch mit dem System zu tun, das wir uns gegeben haben. Es geht um die gesetzlich garantierten Vergütungen.

In Ihren Anträgen stürzen Sie sich heute auf einen Teilaspekt. Die Ausnahmen und Ermäßigungen machen etwa 20 % der ganzen Umlage aus. Aber der wesentliche Anteil kommt ganz woanders her. Dabei spielen auch die Netzentgelte und vieles andere mehr eine Rolle.

Jetzt kann man sicher über die Treffsicherheit der einen oder anderen Regelung diskutieren. Man muss darüber sogar diskutieren. Aber jetzt gegen die Industrie zu schießen - das ist das Einzige, was Ihnen dazu einfällt - und zu fordern, die Ermäßigungen müssten beseitigt werden, lässt mich Ihnen sagen, Herr Kollege Wörner: Dass Ihnen als ehemaliger Arbeitnehmerpartei SPD die Arbeitsplätze in der Industrie völlig egal sind, spricht Bände.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CSU)

Uns sind diese Arbeitsplätze nicht egal. Deswegen sind wir im Prinzip dafür, das System weiterzuentwickeln. Dies ist sogar dringend notwendig; die ganze Diskussion zeigt das. Wir brauchen ein modernes, innovatives Förder- und Marktdesign zur Gestaltung der Energiewende. Wir müssen nachholen, was im letzten Jahr bei den Beschlüssen zur Energiewende versäumt worden ist.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Es gibt die Sofortmaßnahme, die wir in unserem Antrag vorschlagen. Das ist die Strompreisbremse. Das entbindet uns aber nicht von einer grundlegenden Weiterentwicklung des EEG. Die muss kommen. Wir müssen endlich raus aus der Planwirtschaft und hin zu mehr Marktwirtschaft.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Es kann nicht sein, dass wir in einem europäischen Strommarkt und einem europäischen Stromverbund glauben, dass wir es mit der Planwirtschaft richten. Das wird nicht funktionieren. Deswegen brauchen wir einen vollkommen neuen Ansatz.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Es geht darum, die wirtschaftlichsten und innovativsten Technologien zu nutzen. Wir sollten nicht das Modell einer staatlichen Preisfestsetzung fortführen - möglichst noch für 20 Jahre. Deswegen sind die Oppositionsanträge im Grunde noch schlimmer als der Status quo. Eigentlich wollen Sie die alte Regelung wiederherstellen. Diese ist teuer und nicht innovativ. Im Gegensatz dazu zeigt der Antrag der Koalitionsfraktionen innovative Wege auf und konzentriert sich nicht nur auf einen Teilaspekt. Das ist die Arbeitsteilung in diesem Hause: Auf dieser Seite geht es mit Innovationen voran. Auf der anderen Seite wird an völlig veralteten Rezepten festgehalten.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Damit ist die Aussprache geschlossen. Die Anträge werden wieder getrennt. Ich sehe, es besteht noch Besprechungsbedarf.

(Tobias Thalhammer (FDP): Abstimmungsbedarf!)

- Nein, nicht mehr? Gut. Ich wusste nicht, wie ich jetzt reagieren soll.

Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN in der geänderten Fassung auf Drucksache 16/14079 abstimmen. Ich habe mir sagen lassen, dass den Fraktionen die geänderten Fassungen vorliegen, sodass ich das an dieser Stelle nicht zur Kenntnis geben muss. Wer diesem Dringlichkeitsantrag in der geänderten Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - FREIE WÄHLER, SPD und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. - CSU und FDP. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/14096 in geänderter Fassung abstimmen. Diese liegt ebenfalls vor. Wer dem Dringlichkeitsantrag in der geänderten Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD, der GRÜNEN und Frau Dr. Pauli. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. - Das

sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

Bevor ich zur namentlichen Abstimmung komme, lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/14098 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen - Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD, der GRÜNEN und Frau Kollegin Dr. Pauli. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU und der FDP auf der Drucksache 16/14097. Die Urnen stehen bereit. Das ist für heute die letzte Stimmkartenabgabe. Die Abstimmung ist eröffnet. Sie haben fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 23.14 bis 23.19 Uhr)

Die Abstimmung ist beendet. Es wird draußen ausgezählt.

Ich darf das Ergebnis der Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD, der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/14078 "Bewahrung der frei fließenden Donau" bekannt geben. Mit Ja haben 60 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 73 gestimmt, Enthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ich weise darauf hin, dass die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 16/14080 mit 14082, 14084 und 14085 sowie die Drucksachen 16/14099 mit 14101 in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen werden.

Ich unterbreche die Sitzung, bis das Abstimmungsergebnis vorliegt. - Ich darf das Ergebnis der Abstimmung bekannt geben: Mit Ja haben 68 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 52; Stimmenthaltungen gab es eine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der FDP-Fraktion auf Drucksache 16/14097 "Stromsteuer weiterentwickeln - Verbraucher entlasten" angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Damit ist die Sitzung beendet. Ich danke allen, die so lange für uns gearbeitet haben, allen voran den Offiziantinnen und Offizianten, unserem Landtagsamt, stellvertretend für alle Herrn Ludwig. Ich danke dem Tech-

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 17.10.2012 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Renate Dodell, Tobias Reiß u. a. und Fraktion CSU, der Abgeordneten Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Dietrich Freiherr von Gumpenberg u. a. und Fraktion FDP; Stromsteuer weiterentwickeln - Verbraucher entlasten (Drucksache 16/14097)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Dr. Beckstein Günther	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. Beyer Thomas		X	
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann		X	
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold			
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette			
Dechant Thomas			
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine		X	
Dodell Renate	X		
Donhauser Heinz	X		
Dorow Alex	X		
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt	X		
Eisenreich Georg	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Felbinger Günther		X	
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus			
Franke Anne			
Freller Karl			
Füracker Albert	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas		X	
Glauber Thorsten			
Goderbauer Gertraud			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika	X		
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Freiherr von Gumpenberg Dietrich			
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar			
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie			
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia			
Kamm Christine			
Karl Annette		X	
Kiesel Robert	X		
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad			
König Alexander			
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd	X		
Kreuzer Thomas			
Ländner Manfred	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas			
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz			
Matschl Christa	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte	X		
Meyer Peter		X	
Miller Josef	X		
Müller Ulrike		X	
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander		X	
Naaß Christa		X	
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard			X
Pointner Mannfred			
Pranghofer Karin		X	
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radwan Alexander			
Reichhart Markus			
Reiß Tobias	X		
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz		X	
Schmid Georg	X		
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schneider Harald		X	
Schöffel Martin	X		
Schopper Theresa			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika			
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan		X	
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi		X	
Stachowitz Diana			
Stahl Christine			
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus			
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone		X	
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul		X	
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Will Renate			
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell			
Zeil Martin	X		
Zeitler Otto			
Zelmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas			
Gesamtsumme	68	52	1